

Eine Utopie im Widerstand

Ein Auslandssemester an der Jawaharlal-Nehru-Universität in Neu Delhi, Indien oder wie Studierende die Meinungsfreiheit einer Universität verteidigen

M. Jagadesh Kumar Retweeted



Republic @republic · 8h

WATCH: "We are trying to put sense into their heads": #JNU's Vice-chancellor pulled no punches #JNUStandoff



SENSATIONAL: JNU VC goes to war with JNUSU students' union; accuses them of spreading misinformat...
republicworld.com

Die Utopie

"Those who have had the good fortune of living on the campus as students almost unanimously agree on this fundamental spirit pervaded the university" [Intro, JNU the years]. Die Jawaharlal-Nehru-Universität (JNU) ist mehr als nur eine der vielen indischen Zentraluniversitäten. Sie besitzt in Indien einen vergleichbaren Stellenwert wie Oxford und Cambridge in England. Dabei ragt sie nicht nur durch ihre exzellente Bildung hervor, die dafür sorgt, dass viele ihrer Absolventen in einflussreichen Regierungspositionen sitzen. Gelegen im Süden der indischen Hauptstadt New Delhi, verteilt sich die Institution auf einen riesigen Park, der selbst auf Satellitenbildern als grüne Lunge in Herzen der Millionenmetropole erkennbar ist. Nach ihrem Namensgeber sollte es der Zweck einer Universität sein, etablierte Meinungen und Ideen durchgehend kritisch zu hinterfragen und neue Wege des Fortschritts zu erforschen. Dabei soll die JNU als Messlatte dienen für Indiens Streben nach der Unabhängigkeit, intellektuell mit dem Westen aufzuschließen und sich den Herausforderungen der Welt zu stellen. In Ergänzung zur Lehre bildete sich dadurch in der JNU ein Hort für linken Liberalismus, Marxismus und Demokratie. Diese Ideale werden besonders durch das aktive politische Campusleben von Studentengruppen jeglicher Couleur aufrecht erhalten. Als Zentralorgan der Studenten spielt hier die JNU Student Union (JNUSU) eine besondere Rolle.

Die politische Situation in Indien 2017

Während des Kalten Krieges engagierte sich Indien in der Bewegung der blockfreien Staaten. Laut Verfassung ist das Land eine sozialistische, säkulare und demokratische Republik. Dies erklärt, warum die teilweise linksradikalen Positionen der JNU lange Zeit von der Politik gewünscht oder zumindest geduldet wurden. Im Mai 2014 wurde jedoch Narendra Modi Premierminister von Indien. Mit seiner rechtskonservativen, hindu-nationalistischen und wirtschaftspolitisch neoliberalen Partei BJP hat er seitdem die Kontrolle im Land. Diese auch als Hindustava bekannte Bewegung möchte eine exklusiv hinduistische und konservative Nation errichten. Dabei greift sie sowohl auf faschistische als auch anti-muslimische Propaganda zurück. Alle diese Positionen stehen komplett konträr zu den politischen Positionen vieler Studierender und Professoren der JNU. In seinem Modernisierungskurs baut die Regierung Modi auf ausländische Investitionen und hat deshalb dem Land eine radikale, neoliberale Reformation unterworfen. Besonderer Fokus liegt dabei auf der Entwicklung eines „Human Resource Potential“. Mehr als die Hälfte der 1,3 Milliarden Einwohner Indiens sind jünger als 25 Jahre. Durch eine neue, gleichgeschaltete „Bildungsmaschinerie“ möchte Modi diese in den Arbeitsmarkt integrieren und politisch indoktrinieren. Universitäten sollen nicht mehr kritisch hinterfragen, sondern effizient Arbeitskräfte ausbilden.

Die Infiltration der Universität

Durch ihre zentrale Bedeutung als kritische Universität im Herzen der Hauptstadt ist die JNU der rechtstradikalen Hindustava-Bewegung schon lange ein Dorn im Auge. Nach der Machtübernahme der BJP installierten sie ab Januar 2016 mit Prof. Jagadesh Kumar einen regierungstreuen Vice Chancellor. Im Februar des selben Jahres wurden nach den Protesten gegen die Todesstrafe für einen Terroristen aus Kashmir sechs JNU Aktivisten festgenommen mit der Begründung, anti-nationalistische Slogans gerufen zu haben. Daraufhin entbrannten Studentenproteste und internationale Kritik, selbst von Noam Chomsky, warf der BJP vor, abweichende politische Meinungen zu kriminalisieren sowie die Redefreiheit zu unterdrücken. Und das an einer Institution deren Identität im Hinterfragen des aktuellen Mainstreams liegt. Seit dem sind erhöhte Polizeipräsenz, Verhaftungen von Studenten & Razzien, die Installation von Überwachungskameras und Attacken von regierungstreuen Gruppen und Medien zu einem ständigen Begleiter des Campuslebens geworden. Gezielte Zensur des Campusinternets ist dabei nur eine weitere Form der Unterdrückung. Schrittweise wurden seitdem parallele Institutionen mit linientreuen Mitgliedern initiiert und bestehende Gremien sabotiert, linientreue Dozenten berufen und immer wieder neue Politiken und Regeln verabschiedet, welche die Freiheit auf dem Campus einschränken und die Mündigkeit der JNU untergraben.

Widerstand & Aktionen der Studierenden

In der Klasse über staatliche Repression zu debattieren ist etwas vollkommen anderes als selbst darunter zu leiden. Motiviert durch den nationalen und internationalen Beistand, standen Lehrkräfte und Studierende nun enger zusammen und übten sich in einer Vielzahl an Protestaktionen. Nachdem beispielsweise eine Anwesenheitspflicht eingeführt wurde, verlegten sie den Unterricht einfach nach draußen, so dass die Anwesenheit von allen nicht mehr kontrolliert werden konnte. Der Aktionismus an der so schon politisch aktiven Universität blühte auf. Es wurden Klagen vor Gerichten gegen die Entscheidungen des Vice Chancellor erhoben, Studenten traten in Hungerstreike, der ‚Freedom Square‘ beim Administrations Block war Schauplatz einer Vielzahl an öffentlichen Debatten, Lesungen und Demonstrationen. Diese fanden auch in Verbindung mit einer Fülle an weiteren Events wie Film- und Theatervorführungen an verschiedensten Orten des Campus und darüber hinaus statt. Während meiner Zeit an der Universität stürmten regelmäßig Studierende in die Kurse, um ihre Positionen vorzutragen und die Anwesenden zur nächsten Veranstaltung einzuladen. Ein besonderen Stellenwert in der Organisation hatten die meist linksradikalen studentischen Organisationen.

